

Gedanken zum neuen Jahr

Von Horst Parton

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, im Namen des Vorstands, des Beirats und in eigenem Namen wünsche ich allen Mitgliedern sowie allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern unserer Initiativegemeinschaft ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr. Die Feiertage sind vorbei und verschaffen sicherlich den meisten von uns endlich auch mal die Zeit und die Gelegenheit, etwas innezuhalten und nachzudenken. Was hat uns das Jahr 2006 gebracht, was hat sich ereignet, was hat uns berührt, was Ärger, Sorgen, aber auch Freude bereitet? Was auch immer, es ist Geschichte. Gemeinsam stellen wir uns die Frage, was uns das Jahr 2007 wohl bringen wird. Viele Ereignisse haben das Leben in unserer Initiativegemeinschaft im vergangenen Jahr beeinflusst, in positiver als auch in negativer Art und Weise. Bei der Umsetzung der Beschlüsse unserer Vertreterversammlung gab es und wird es keine Schonfrist geben. Was wir begonnen haben, setzen wir konsequent fort, auch unter komplizierter gewordenen Bedingungen. Dafür haben wir gute Grundlagen geschaffen, deren wichtigste die freundschaftliche harmonische Atmosphäre, die ehrliche und tiefe Solidarität mit allen von sozialer Ausgrenzung und Rentenstrafrecht Betroffenen und das Gefühl, mit den Beschlüssen der Vertreterversammlung und den bisher erreichten Ergebnissen auf dem richtigen Weg zu sein.

Notwendige Voraussetzung ist und bleibt unsere sachlich-konstruktive und gradlinige Arbeit in unserer Initiativegemeinschaft. Im Jahr 2007 werden wir sicherlich noch nicht das Ende der sozialen Ungerechtigkeiten und der Ungleichbehandlung erreichen. Es wird aber eine wichtige Etappe unseres mehr als 15-jährigen Kampfes zur Wiederherstellung des sozialen Friedens und gegen jede Form von Rentenstrafe und Versorgungsbenachteiligung sein.

Noch im alten Jahr erreichte das Bundesverfassungsgericht die erste Richtervorlage zur Neufassung des § 6 Absatz 2 des AAÜG. Sie ist eine vernichtende Kritik am Dilettantismus und der Arroganz des Gesetzgebers gegenüber den Grundsätzen der Rechtsprechung des höchsten Gerichts. Es ist schwer vorstellbar, dass das Bundesverfassungsgericht – obwohl es eine direkte Verfassungsbeschwerde in dieser Sache nicht angenommen hat – hier nicht reagiert.



Wir streben zu § 6 Absatz 2 des AAÜG eine möglichst baldige Entscheidung an. Dazu sind wir bemüht, durch Klagen bei den Sozialgerichten möglichst bald Verfassungsbeschwerden neben der Richtervorlage auf den Weg zu bringen.

Im Kampf gegen den diskriminierenden § 7 AAÜG hoffen wir, 2007 die »Mühen der Ebenen«, die aufwändige und zeitraubende Klärung der Einkommens- und Qualifikationsstrukturen innerhalb des MfS und deren Vergleich mit den Verhältnissen in der Volkswirtschaft und den anderen bewaffneten Organen der DDR hinter uns lassen zu können. Nach Vorliegen der notwendigen Gutachten werden wir unsere Forderungen neu formulieren und begründen. Auf dieser Basis geht dann der juristische und politische Kampf gegen das die ehemaligen Angehörigen des MfS betreffende Rentenstrafrecht in eine neue Runde.

Wir wissen um die Kompliziertheit dieses Kampfes, die sich besonders in der politischen Auseinandersetzung zum Dienstbeschädigtenausgleichsgesetz oder auch der Verlängerung des sogenannten Stasiunterlagengesetzes zeigte. Auch die Begründung des Petitionsausschusses zur Ablehnung tausender Petitionen macht deutlich, vor welchen schwierigen und komplizierten Problemen wir stehen, ganz zu

schweigen von Versuchen der Geschichtsklitterung, wie zum Beispiel der Diskreditierung des Antifaschismus in der DDR oder der nur einseitigen Betrachtung der Spaltung Deutschlands als »Machenschaften der SED und der damaligen Sowjetunion«.

Auf der Grundlage des Grundgesetzes und der Urteile des Bundesverfassungsgerichts setzen wir unseren Kampf so lange fort, bis der Erfolg erreicht ist.

ISOR ist und bleibt ein Sozialverein, in dessen Mittelpunkt der Kampf um soziale Gerechtigkeit und die Überwindung des Rentenstrafrechts steht. Unterstellungen, von welcher Seite auch immer, dass ISOR gegen das Grundgesetz und damit gegen die gesellschaftliche Ordnung arbeiten würde, weisen wir entschieden zurück. Wir vertrauen auf die Solidarität unserer Mitglieder, zahlreicher mit uns verbundener politischer Kräfte und sozialer Bewegungen und nicht zuletzt auch auf die Erfahrungen unseres erfolgreichen Kampfes in den zurückliegenden Jahren. Unsere Arbeit ist Teil des umfassenderen Kampfes für Menschenrechte, gegen Sozialabbau und die anhaltende Benachteiligung der Ostdeutschen. Das Jahr 2007 wird eine weitere Nullrunde für die Rentner und damit eine erneute Rentenkürzung durch die Inflation, die Mehrwertsteuererhöhung, höhere Abgaben für Kranken- und Pflegeversicherung, steigende Preise für Energie, Verkehrsmittel und in anderen Bereichen der Daseinsfürsorge bringen. Es stellt sich die Frage: Wie lange halten diese sozialen Grausamkeiten an, wie lange wollen wir uns das bieten lassen? Ein wichtiger erster Schritt zur Formierung des Widerstands ist der von der Gewerkschaft ver.di erarbeitete und von anderen Gewerkschaften, der Volkssolidarität und anderen Sozialverbänden unterstützte Stufenplan zur steuerfinanzierten schrittweisen Angleichung der Rentenwerte Ost an West. Neben anderen Sozialverbänden schließt sich ISOR dieser Initiative an.

Das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden wird im 2. Halbjahr 2007 auf einem Rentengipfel aktuelle Fragen des Kampfes um gerechte Renten und Versorgungsleistungen beraten. ISOR wird dazu seinen konstruktiven Beitrag leisten. In der sozialen Auseinandersetzung stehen wir immer auf der Seite der sozial Schwachen und Benachteiligten. Wir sind verbunden mit den gesellschaftlichen Kräften, die um soziale Gerechtigkeit kämpfen. Aufrichtiges Handeln erkennt man immer an den Taten. Dazu sollte immer Zeit und Gelegenheit sein. Das wird uns helfen, mit den Widrigkeiten, die auch das Leben in unserer Initiativegemeinschaft manchmal in sich birgt, fertig zu werden. Die bisherigen Erfolge von ISOR sind dank derer, die fleißig und ehrlich unsere Zielsetzung vertreten und sie mit Taten voran gebracht haben, erzielt worden. Für die Lösung der künftigen Aufgaben wünsche ich uns allen das notwendige Selbstvertrauen, die aktive wechselseitige Solidarität, sowie ein bisschen Glück und Zufriedenheit im persönlichen Leben.

Es geht weiter!

Von Rechtsanwalt Benno Bleiberg

Als Erstes möchte ich mich, auch im Namen der Familie Schippert, beim ISOR-Vorstand und auch vielen ISOR-Mitgliedern persönlich für die Anteilnahme bedanken, die diesem Büro nach der Mitteilung des ISOR-Vorstandes in **ISOR aktuell** 12/06 zuteil wurde.

Es hatte vor gut 15 Jahren angefangen, als die Zusammenarbeit zwischen dem Anwaltsbüro Bleiberg und Schippert und der ISOR-Organisation gegründet wurde. Das Aufgabengebiet war die tatsächliche Erreichung der politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Gleichstellung der Bürger in dem Beitragsgebiet, vor allen Dingen im Bereich des Rentenrechts. Mein Kollege Mark Schippert und ich haben für diese Zielsetzung aufs Engste mit den jeweiligen ISOR-Vorständen und besonders mit Herrn Prof. Dr. Azzola und Herrn Prof. Dr. Edelmann zusammengearbeitet, um Konzeptionen und Strategien für die aufkommenden juristischen Probleme zu erarbeiten.

Einiges führte zum Erfolg. So konnte die Kürzung der Einkommen aus der Zeit der Zugehörigkeit zu den Sonderversorgungssystemen verringert werden. Die Begrenzung der Entgeltpunkte für ehemalige Angehörige des MfS wurde auf juristischem Wege von 0,7 auf

1,0 angehoben. Die Rentenkürzung der Angehörigen der Sonderversorgungssysteme NVA, Mdl, Zoll und der Zusatzversorgung (außer den sogenannten E 3-Fällen), die unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze lagen, wurde aufgehoben. Es wurden Leistungen für die Dienstbeschädigtenversorgung erreicht.

Der zweite gemeinsame Anlauf des Büros Bleiberg und Schippert, die bestehende Kürzung der Einkommen der Angehörigen des MfS aufzuheben, ist im Jahre 2004 gescheitert. Allerdings wurde aber dadurch klarer, unter welchen Aspekten ein erneuter Versuch auf juristischem Wege die wertfreie Gleichsetzung der Renten von MfS-Angehörigen zu erreichen ist. Zurzeit werden erneut bei uns im Büro Einkommensunterlagen von MfS-Angehörigen ausgewertet, die es ermöglichen, ein umfassendes Gutachten über das Einkommen von MfS-Angehörigen zu erstellen. Dies kann dann zur Grundlage genommen werden, um auch juristisch zu argumentieren, in welchem Verhältnis überhaupt Erhöhungen im Einkommen des MfS vorhanden waren und wie unter Zugrundelegung der Wertneutralität von Renteneinkommen damit umgegangen wird.

Um diesen Weg weiter fortzuführen ist die weitere Solidarität aller ISOR-Mitglieder nach wie vor gefragt. Auch wenn ein wertvoller Mitstreiter für diese Zielsetzung nicht mehr unter uns weilt, werde ich die vertrauensvolle politische und rechtliche Zusammenarbeit mit der

ISOR-Organisation und ihren Mitgliedern fortsetzen. Nach wie vor ist nur gemeinsame Solidarität Grundlage für eine Verbesserung der Situation. Eine Zeitspanne von mehreren Jahren muss dabei eingeplant werden.

Der Kampf gegen Unrecht im Rentenrecht geht weiter!

Aus der Arbeit des Vorstands:

Horst Parton schätzte auf der Vorstandssitzung am 13.12.2006 ein, dass der Arbeitsplan der ISOR für das II. Halbjahr 2006 in allen Punkten erfüllt wurde. Im Kampf gegen den diskriminierenden § 6 Absatz 2 AAÜG und bei der Klärung der Einkommensverhältnisse im MfS wurden weitere wichtige Grundlagen geschaffen. Erfolgreich gestalteten sich auch die Öffentlichkeitsarbeit und die Finanzpolitik der ISOR e.V. sowie die Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Vereinen.

Der Vorstand beschloss, die von anderen Gewerkschaften und der Volkssolidarität unterstützte Initiative der Gewerkschaft ver.di zur steuerfinanzierten stufenweisen Angleichung der Rentenwerte Ost an die Rentenwerte West aktiv zu unterstützen. Danach sollen 2016 einheitliche Rentenwerte in ganz Deutschland gelten, was nach heutiger Bewertung einer Erhöhung des Wertes für den Entgeltpunkt Ost um 3,16 gleichkommt.



Anfang Dezember 2006 trafen sich im Bürgerhaus der Kreisstadt Prenzlau während einer Stützpunktberatung TIG-Vorstandsmitglieder aus **Angermünde, Eggesin, Pasewalk, Prenzlau, Schwedt** und **Templin**. Wie weiter, welche Schritte im neuen Jahr? Zu diesem Anliegen gab es einen Gedanken- und Meinungsaustausch. Horst Hartrampf, Mitglied des Vorstands, gab dazu aktuelle Informationen. Er betonte, dass ISOR keine Nachfolgeorganisation von ehemaligen bewaffneten Kräften der DDR sei, sondern ein Verein, der sich mit politischen und juristischen Mitteln für soziale Interessen einsetze. Bewährt habe sich dabei die Solidarität, die auch weiterhin gefragt sei. Gegenwärtig werde mit Hilfe von Analysen und Gutachten zur Einkommensstruktur ein erneuter Gang zum Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe vorbereitet. Der Gast vom ISOR-Vorstand betonte weiter, dass der Sozialverein ISOR für Gespräche mit allen demokratischen Parteien, mit deren Politikern offen sei. Einig waren sich die Beratungsteilnehmer, dass eine bessere Öffentlichkeitsarbeit, die Gewinnung

neuer Mitglieder aus den rentennahen Jahrgängen sowie eine interessante Vereinstätigkeit zu den Vorhaben im neuen Jahr gehören.

Benno Butschalowski



Die Jahresversammlung der TIG **Schwerin** bildete nach der festlichen Versammlung zum 15-jährigen Bestehen von ISOR e.V. und der Beratung der Mitglieder unserer TIG mit Prof. Dr. Edelmann einen weiteren Höhepunkt unserer Vereinsarbeit im 2. Halbjahr 2006. Der TIG-Vorsitzende konnte eine Reihe ansehnlicher Ergebnisse präsentieren. Mit 20 Neuwerbungen konnte, trotz einiger Abgänge infolge Verzüge und leider auch Ablebens langjähriger Mitglieder, der Gesamtmitgliederbestand gehalten werden.

Die Aufgaben für das kommende Jahr bestehen dabei darin, dass nicht nur Vorstandsmitglieder, sondern zunehmend auch »Mitglieder werben Mitglieder« im Gewinnungsprozess weiterer Mitstreiter wirksam werden. Erste positive Ergebnisse zeichnen sich ab.

Das vom Deutschen Bundestag auf Empfehlung

seines Petitionsausschusses als »abgeschlossen« erklärte Petitionsverfahren zur Beseitigung der rentenrechtlichen Begrenzungsregelung für ehemalige Mitarbeiter des MfS der DDR bezeichneten alle Mitglieder und sich äußernde Sympathisanten unserer TIG als Verfassungsbruch und betonten mehrfach, dass auch von dieser Bundesregierung nichts anderes zu erwarten ist. Eine gesellschaftspolitisch begründete Position erfordere auf der Basis des Grundgesetzes, wonach lt. dessen Präambel gemäß Artikel 3 (3) u.a. »niemand wegen ... seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden« darf, eine prinzipiell andere Entscheidung, über die selbst die 15-seitige, offensichtlich mühevoll formulierte Beschlussempfehlung nicht hinwegtäuschen kann.

Auch in unserer TIG sind wir uns einig, bis zur endgültigen Überwindung des noch immer wirksamen Rentenstrafrechts – wenn diese Bezeichnung auch den Regierenden nicht gefällt – für alle noch davon Betroffenen in unseren Anstrengungen nicht nachzulassen. Dabei können auch wir in Schwerin uns der Unterstützung der solidarisch verbundenen Partei der Linken, Organisationen, Vereine und Einzelpersonen sicher sein.

Für das Jahr 2007 wurden eine Reihe komplexer Aufgaben für die weitere niveauvolle Vereinsarbeit und vor allem für die praktisch wirksame Tätigkeit der Betreuer der TIG formuliert.

Gemeinsam mit anderen Sozialverbänden werden wir gegen den weiter fortschreitenden Sozialabbau, die Steuerpolitik der Regierung und für den Erhalt und Ausbau sozialer Sicherungen sowie die Wiederherstellung der traditionellen Wertneutralität des deutschen Rentenrechts kämpfen. **Siegfried Markgraf**



Die TIG **Halberstadt** führte Ende November 2006 eine weitere Mitgliederversammlung mit dem Thema durch: »Wo stehen wir im gemeinsamen juristischen Kampf gegen das bestehende Rentenstrafrecht sowie gegen einen weiteren Sozialabbau und wie geht es in unserer Arbeit weiter.«

Auf Einladung sprach das ISOR-Vorstandsmitglied und Landesbeauftragter für Sachsen-Anhalt, Dieter Wittstock, zu dieser Thematik. Gleichzeitig erfolgte eine erste Auswertung der Beratung des ISOR-Vorstands mit ehemaligen leitenden Verantwortungsträgern der bewaffneten Organe der DDR vom 15. November 2006 in Berlin.

Diese gemeinsame Beratung war geprägt von der Solidarität mit den verbündeten Vereinen und bekräftigte, dass ISOR nicht isoliert und allein steht im Kampf zur Überwindung des Rentenstrafrechts und gegen den Sozialabbau in diesem Staat. Gemeinsam sind wir stark, und der juristische Kampf geht weiter.

Seit März 2006 wurden organisierte massive Aktivitäten, wie Verunglimpfung, Verleumdung und Hass gegen das Auftreten von ISOR-Mitgliedern und Mitgliedern anderer mit uns verbündeter Vereine sichtbar. Wir lassen uns aber

nicht einschüchtern und mundtot machen.

Es wird aber immer deutlicher, dass unser Anliegen auf politischer Ebene nicht erreichbar ist. Dazu fehlt die parlamentarische Mehrheit im Bundestag. Trotzdem besteht die Aufgabe vor den TIG, mit den im Territorium zuständigen Bundestagsabgeordneten aller Parteien persönliche Gespräche zu führen. Weitere Aufgaben sind die Stärkung und Festigung unserer Gemeinschaft, die Gewinnung von neuen Mitgliedern, die weitere Prägung des Solidaritätsgedankens und die niveauvolle Gestaltung der sozialen Arbeit.

Freund Wittstock dankte dem Vorstand der TIG sowie den Mitgliedern für die erreichten Ergebnisse, so die Gewinnung von 15 neuen Mitgliedern in den letzten 18 Monaten, das Übersenden von über 300 Petitionen und Schreiben an den Deutschen Bundestag und an Bundestagsabgeordnete. **Otto Pump**

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

Zum 95. Geburtstag

Walter Paul, Pirna

Zum 94. Geburtstag

Gabriele Lohmann, Bln.-Köpenick
Fritz Zorn, Leipzig

Zum 93. Geburtstag

Fritz Dietrich, Dresden
Walter Bialek, Chemnitz
Marta Schulz, Bln.-Hhsn.

Zum 91. Geburtstag

Siegfried Beier, Quedlinburg

Zum 90. Geburtstag

Werner Bennè, Schwerin
Willi Buntrock, Pdm.-Babelsberg
Paul Ebert, Bln.-Köpenick
Martha Richter, Leipzig

Zum 89. Geburtstag

Siegfried Gürtler, Rostock
Ernst Neubert, Cottbus

Zum 88. Geburtstag

Vera Herr, Bln.-Fr'hain
Ruth Kettmann, Bln.-Hellersdorf
Wolfgang Mehlhorn, Chemnitz

Zum 87. Geburtstag

Walter Bodem, Gera
Heinz Götze, Bernau
Herbert Milich, Bln.-Fr'hain
Heinz Naschke, Suhl/Kirchheim
Charlotte Oertel, Bln.-Hhsn.
Erich Weber, Gera

Zum 86. Geburtstag

Erich Fischer, Chemnitz
Marie-Luise Gittel, Leipzig
Franz Gittner, Bln.-Fr'felde
Günther Hauth, Rostock
Paul Kurth, Gardelegen
Heinz Lutter, Jena
Franz Phillipp, Bln.-Fr'hain

Wally Rosenthal, Neubrandenbg.
Erich Rückert, Rostock

Zum 85. Geburtstag

Gerhard Hillmann, Eggersdorf
Martin Kluge, Dresden
Erich Kodalla, Bln.-Hellersdorf
Ursula Neumann, Bln.-Mitte
Horst Nimmrich, Hermsdorf
Erich Pretzsch, Plauen
Liesbeth Stange, Bln.-Köpenick

Zum 80. Geburtstag

Manfred Brückner, Plauen
Elfriede Dörris, Bln.-Fr'felde
Heinz Eisel, Gera
Bernhard Elsner, Bln.-Fr'felde
Herbert Fechner, Bln.-Hhsn.
Edgar Göthe, Pdm.-Drewitz
Günther Greschuchna, Jena
Martin Groll, Bln.-Pankow
Manfred Gruska, Bln.-Köpenick
Amalie Haschek, Gera
Manfred Heidenreich, Bln.-Prenzl.Bg.
Vera Höft, Bln.-Fr'felde
Edelgard Kaden, Bln.-Karlshorst
Ruth Kanitz, Bln.-Li'berg
Paul Kattner, Aschersl.
Cäcilie Klamt, Schwerin
Rosel Kläring, Bln.-Pankow
Johann Klatt, Rostock
Ursula Köhler, Bln.-Prenzl.Bg.
Lieselott König, Dresden
Lothar Kulka, Bln.-Fr'felde
Rudolf Lasseck, Bln.-Fr'felde
Heinrich Lenke, Wismar
Werner Leuthold, Bln.-Köpenick
Roland Mehnert, Chemnitz
Walter Mnich, Chemnitz
Gotthard Möschter, Rostock
Ursula Primus, Bln.-Treptow
Herbert Rüdiger, Borna

Manfred Schneider, Seiffhennersd.

Hanna Schwarz, Chemnitz
Waltraut Strauß, Chemnitz
Ruth Treselt, Großbreitenbach
Hans Vierjahn, Bln.-Köpenick
Gerhard Vogel, Leipzig
Kurt Voigt, Zeuthen
Hans Zappe, Bln.-Hellersdorf
Werner Zochert, Bln.-Marzahn

Zum 75. Geburtstag

Waltraud Bathke, Rostock
Christa Born, Leipzig
Erwin Born, Rostock
Heinz Börner, Meißen
Rosemarie Brandt, Magdeburg
Anneliese Brandtner, Gera
Gerhard Bröer, Bln.-Fr'hain
Siegfried Burmeister, Rostock
Dieter Deeth, Sassnitz
Manfred Diem, Bln.-Fr'hain
Helga Dietrich, Bln.-Fr'hain
Willi Dose, Bln.-Fr'hain
Sonja Eiserbeck, Bln.-Fr'felde
Werner Elsner, Rostock
Vera Engel, Bln.-Hellersdorf
Inge Erler, Bln.-Fr'hain
Karlheinz Ernst, Leipzig
Irmgard Falk, Bln.-Mitte
Hubert Falkenheim, Rostock
Brigitte Fischer, Bln.-Marzahn
Günter Fobe, Görlitz
Elonore Freier, Chemnitz
Horst Georgi, Bln.-Fr'felde
Else Geschinske, Eggesin
Werner Glänzel, Bln.-Fr'hain
Christel Gronau, Greifswald
Helga Gruhl, Bln.-Fr'felde
Karl-Heinz Gundlach, Schwerin
Dieter Hachenberger, Dresden
Klaus-Dieter Hermann, Bln.-Treptow

Rudi Hinzer, Bln.-Fr'hain
Ruth Jungbär, Aschersleben
Ursula Klinghammer, Bln.-Li'berg
Manfred Knüpfer, Eichwalde
Martin Kock, Bernau
Theodor Körner, Neubrandenbg.
Erika Kotzerke, Cottbus
Vera Krause, Frankfurt/O
Dr. Manfred Lachmann, Dresden
Gertrud Lentz, Neubrandenburg
Karl Lindner, Plauen
Josef Loscher, Greifswald
Helga Mally, Bln.-Marzahn
Gerhard Meyer, Bln.-Marzahn
Erwin Mikuszeit, Bln.-Treptow
Albin Minaschik, Leipzig
Heinz Oehme, Leipzig
Charlotte Oestreich, Bln.-Mitte
Günter Oldag, Rostock
Rosa Poick, Rennersdorf
Harry Prescher, Dresden
Karl Rehländer, Rostock
Peter Reinhardt, Bln.-Fr'felde
Inge Röder, Bln.-Treptow
Erich Rux, Neuenhagen
Dr. Johann Schilling, Bln.-Hhsn.
Ilse Schlegel, Strausberg
Hans-Dieter Schmidt, Radeberg
Elli Schneeberger, Hennigsdorf
Hilbert Schneider, Bln.-Fr'hain
Heinz Schön, Pdm.-West
Hanna Schwalbe, Bernau
Günther Schwarz, Suhl
Günter Spenke, Bln.-Pankow
Eberhard Steinert, Chemnitz
Johannes Stopp, Schwerin
Heinz Teschner, Bln.-Fr'hain
Hans Thielemann, Gera
Hans Tittelbach, Frankfurt/O
Heinz Vökler, Bln.-Marzahn
Dora Wendt, Bln.-Fr'hain
Eva Wenzel, Bln.-Treptow

Dokumentiert:**Aus der Dokumentation des work-shops der Gewerkschaft ver.di am 17.07.06 zur Rentenangleichung Ost ... Beschlusslage in ver.di**

Der 1. ordentliche Bundeskongress 2003 hat in seinem Grundsatzantrag B 302 »Alterssicherung sozial gestalten« ... beschlossen: *ver.di unterstützt unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten die Forderung nach Anhebung des aktuellen Rentenwertes Ost auf Westniveau in einem Stufenplan und damit eine Verbesserung der Einkommenssituation der Rentnerinnen und Rentner in den neuen Bundesländern. Allerdings muss sichergestellt werden, dass die Finanzierung*

⇒ nicht zu Lasten einer Erhöhung des Beitragssatzes, und damit zu Lasten der Beschäftigten Ost und West, erfolgt. Vielmehr muss die Anhebung steuerfinanziert werden.
⇒ Auch darf die Finanzierung nicht einseitig durch die Rentnerinnen und Rentner in den alten Bundesländern durch eine Absenkung des aktuellen Rentenwertes West auf einen gesamtdeutschen aktuellen Rentenwert erfolgen.
⇒ Schließlich muss die Abschaffung der Höherbewertung und die damit verbundenen künftig geringeren Renten der heutigen Ost-Beschäftigten vermieden werden.

»Modell zur Umsetzung des ver.di-Beschlusses

Zur Umsetzung des ver.di-Beschlusses (Anhebung der Ost-Rente auf Westniveau ohne negative Auswirkungen für die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler in Ost und West und die Rentnerinnen und Rentner West) ist es erforderlich, die Auswirkungen des niedrigeren aktuellen Rentenwertes-Ost anzugleichen, ohne in die sonstigen Rechengrößen (Höherbewertungsfaktor der Anlage 10 zum SGB VI, Beitragsbemessungsgrenze-Ost) einzugreifen.

Dies könnte zum 1.7.07 durch die Einführung eines so genannten Angleichungszuschlags erfolgen, der als zusätzliche Leistung (ähnlich dem Auffüllbetrag, dem Rentenzuschlag oder dem Übergangszuschlag, vgl. hierzu §§ 315 a, 319 a, 319 b SGB VI) gezahlt wird und den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung vom Bund zu erstatten ist (vgl. hierzu § 291 c SGB VI).

Der Angleichungszuschlag besteht aus der Summe der Erhöhungsbeträge, die für jeden bis zum 31.12.2006 erworbenen Entgeltpunkt-Ost zu zahlen sind. Mit dem Erhöhungsbetrag soll die Wertdifferenz zwischen einem Entgeltpunkt-Ost (22,97 €) und einem Entgeltpunkt-West (26,13 €) ausgeglichen werden; nach heutigem Wert beträgt der Wertunterschied 3,16 €. ...«

Dazu ist in der **Pressemeldung 123/06 der Volkssolidarität** weiterführend zu lesen:

»Sozialverbände und Gewerkschaften für Angleichung Rentenwert Ost

Eine stufenweise und steuerfinanzierte Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West innerhalb der nächsten zehn Jahre fordern die Volkssolidarität, der Sozialverband Deutschland (SoVD) und die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Die Vertreter der Organisationen sprachen sich auf einer Fachveranstaltung des ostdeutschen Sozial- und Wohlfahrtsverbandes Volkssolidarität am 5. Dezember in Berlin für ein entsprechendes Stufenmodell von ver.di und der Gewerkschaft GEW aus. Zustimmung gab es dabei von Vertretern weiterer Einzelgewerkschaften des DGB.

Der Präsident der Volkssolidarität, Prof. Dr. Gunnar Winkler, kritisierte, dass »die Rentenwerte nach über 16 Jahren deutscher Einheit immer noch um etwa 12 Prozent auseinander klaffen«. Während in Ostdeutschland der Rentenwert von 22,97 € gelte, betrage er in den alten Bundesländern 26,13 €. Werde die Differenz auf ein Jahr Rentenbezug hochgerechnet, »macht das beim Eckrentner ›Ost« einen Verlust von 1.706 € aus ...«

Vollständiger Wortlaut siehe:

www.isor-sozialverein.de/Bei anderen gelesen
Die Dokumente können auch in der Geschäftsstelle angefordert werden.

Aus der Postmappe:**Wirbel um Rede des russischen Botschafters am Grabe von Markus Wolf**

Ich habe die Rede inzwischen mehrfach gelesen und verstehe die Aufregung nicht. Für mich ist es eine ganz normale Rede, die das Leben eines Verstorbenen würdigt.

Nun muss man aber sehen, wo kommt dieser Wirbel her. Da trifft man doch bekannte Namen.



WIR TRAUERN UM UNSERE
VERSTORBENEN MITGLIEDER



WERNER ADLER, Rostock
KARL DERINGER, Leipzig
JÜRGEN FIEDLER, Bln.-Li'berg
GÜNTER FREYER, Hohen Neuendorf
IRMGARD GRAAP, Stralsund
HANS HELMUT HAHLKE, Rostock
ELLI HEIMANN, Bln.-Weißensee
HARRY HENGST, Chemnitz
HORST HESSE, Schwedt
HELGA JERKE, Plauen/Ziegenrück
HANS-JOACHIM KERBER, Sassnitz
MANFRED KNÖFEL, Cottbus
HEINZ GÜNTHER KÖGLER, Sandersdorf
BRIGITTE KRUSE, Rostock
HORST LENKE, Delitzsch
ERICH LIPPERT, Pdm.-Zentrum
KLAUS MÖLLER, Jena
FRANZ MÖRTL, Erfurt
WOLFGANG NEUBERT, Greifswald
GÜNTER NOAH, Meißen
HANS OEHLER, Potsdam-Zentrum
ILSE OTTO, Weißenfels
WOLFGANG PIPER, Bernau
KLAUS-DIETER POSCHMANN, Leipzig
KARL-HEINZ PUMPTOW, Bln.-Fr'hain
ERICH REINBOLD, Bln.-Li'berg
HANS-JOACHIM ROGGA, Rostock
GERHARD SCHUFFENHAUER, Schwarzenbg.
BRUNO WEIL, Bln.-Treptow
GERHARD WEHNER, Magdeburg

EHRE IHREM ANDENKEN.

Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Herr Nooke, ist »irritiert«.

Für Herrn Eppelmann ist es ein Hohn. Er unterstellt dem Botschafter gleich mal, dass er die Grundwerte und Moralvorstellungen der BRD nicht kennt.

Der LstU-Beauftragte für Berlin, Herr Gutzeit, ist befremdet. Er fühlt sich gleich mal in die Zeit von Breshnew zurückversetzt.

Frau Bohley darf natürlich auch nicht fehlen. Sie sieht hier eine alte Gewissenlosigkeit der »neuen« russischen Eliten.

Hier wird der Kalte Krieg auf dem Friedhof fortgeführt, die Medien selbstverständlich immer dabei.

Es ist eine Schande für dieses Land!

Wilfried Steinfath, Berlin

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 20.12.2006

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 31.01.2007

Einstellung im Internet: 09.02.2007

Auslieferung: 15.02.2007

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:
Jeden 1. und 3. Donnerstag, 15 bis 17 Uhr